



## Aufschwung der Profite

**Die Bundesregierung jubelt über den „XL-Boom“. Viele Menschen fragen: „Und was habe ich davon?“**

### **In dieser Ausgabe:**

**2 Ägypten: Schluss mit der deutschen Unterstützung für Mubarak.** DIE LINKE ruft zur Solidarität auf.

**2 „JA“ beim Volksentscheid zum Wasservolksbegehren.**

**5 Alle Jahre wieder ein Lebensmittelskandal.**

Thomas Licher zu Dioxin und Eiern.

**6 „Sie sind scheinheilig und opportunistisch“.**

Ulrich Maurer zur „Kommunismus-Debatte“.

**Der Aufschwung ist vor allem ein Aufschwung der Profite. Die Unternehmer haben 2010 ein Plus von mehr als 13 Prozent eingesackt. Die Herren der Dax-Konzerne legten im gesamten Jahr sogar einen Anstieg um satte 210 Prozent hin!**

Den Beschäftigten steht gerade einmal ein Plus von 2,2 Prozent ins Haus. Zieht man davon die Preissteigerung von 1,8 Prozent ab, bleiben mickerige 0,4 Prozent übrig. Nach Abzug der Preissteigerung errechnet sich eine

Lohnsenkung um 1,7 Prozent.

Was sind das eigentlich für neue Jobs, die geschaffen wurden? Rund 200.000 sollen es nach amtlicher Statistik sein. Mehr als die Hälfte des gesamten Aufbaus an Beschäftigung geht in die Leiharbeit. Im Oktober waren es bereits mehr als 900.000. Das war bereits Rekord. Mittlerweile ist die eine Millionen-Marke längst geknackt. Das ist die „Boom-Branche“.

Unternehmer setzen auf Leiharbeit, weil so die Lohnkosten gedrückt werden können. Vollzeitbeschäftigte in Leihjobs erhalten im Durchschnitt knapp 1.400 Euro. Da sind alle Zuschläge und Jahresleistungen mit drin. Festangestellte Be-

schäftigte verdienen mindestens 2.300 Euro. Damit bekommen Leihjobber satte 900 Euro weniger. Und der Chef kann sie bei Bedarf problemlos vor die Tür setzen. Kein Kündigungsschutz und kein Betriebsrat „stört“.

**Es ist hohe Zeit den Widerstand zu erhöhen. DIE LINKE unterstützt den Aktionstag der Gewerkschaften am 24. Februar. DIE LINKE tritt dafür ein, dass bei der Leiharbeit gleiche Bezahlung festgeschrieben wird und die Verleihdauer drei Monate nicht überschreiten darf. Außerdem fordert DIE LINKE eine Flexibilitätsprämie von 10 Prozent.**

*Ausführlich siehe Seite 8*



**Am 13. Februar mit „JA“ stimmen!**

**DIE LINKE.**

Bezirksverband Neukölln

## Blockieren bis der Naziaufmarsch Geschichte ist

**Auch in Neukölln haben sich Antifaschisten verabredet, um gemeinsam am 19. Februar in Dresden den Nazis entgegen zu treten.**

Auf einer gemeinsamen Veranstaltung am 1. Februar diskutierten u.a. Daniel Wucherpennig (DGB Jugend Berlin-Brandenburg), Linus Dolz (Evangelische Jugend Neukölln), Christine Buchholz (MdB, DIE LINKE) sowie eine Vertreterin einer Neuköllner Moschee. Sie wollen für das antifaschistische Bündnis werben und nach Dresden fahren.

**NAZI  
AUFM-  
ÄRSCHEN  
STOPPEN**

**DIE LINKE.**

Die Februar-Aufmärsche in Dresden sind Höhepunkte der Nazis, bei denen sie den Kampf um die Straße führen wollen. Für 2011 haben die Nazis angekündigt, mehrere Veranstaltungen zum Jahrestag der alliierten Luftangriffe auf Dresden durchzuführen. Europaweit trommeln sie ihre Anhänger für den 19. Februar nach Dresden, um das Gedenken an die Opfer des Bombenangriffs von 1945 für die Rechtfertigung der Nazi-Verbrechen zu missbrauchen. Die Antifaschisten waren sich einig: „Wir werden die Nazis blockieren, bis ihr Aufmarsch Geschichte ist.“

*Ausführlich siehe Seite 3*

# „Schluss mit der deutschen Unterstützung für Mubarak“

**DIE LINKE ruft zur Solidarität mit den Demokratiebewegungen in Ägypten, Tunesien, Jemen und anderen arabischen Ländern auf.**

Seit mehr als einer Woche versuchen Millionen Ägypterinnen und Ägypter das diktatorische Regime von Mubarak zu stürzen. „DIE LINKE ist solidarisch mit der Protestbewegung in Ägypten, Tunesien, Jemen und anderen arabischen Ländern. DIE LINKE ruft alle Mitglieder und Sympathisanten auf, sich in Deutschland an Solidaritätsdemonstrationen und Kundgebungen aktiv zu beteiligen, diese zu unterstützen oder mit zu organisieren“, heißt es in einer Erklärung des Bundesausschusses der LINKEN vom 5. Februar.

Die deutsche Bundesregierung und die Europäische Union (EU) haben jahrzehntelang die diktatorischen arabischen Regime militärisch, finanziell und politisch gestützt. Zum Beispiel lieferten deutsche Unternehmen mit Genehmigung der Bundesregierung alleine 2009 Rüstungsgüter im Wert von 77,5 Millionen Euro nach Ägypten: Kleinwaffen (für die Polizei), Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, militärische Landfahrzeuge und Kommunikationsausrüstung. DIE LINKE fordert einen sofortigen dauerhaften Stopp dieser Waffenexporte.

Wie dringend geboten diese Forderung ist, zeigen Medienberichte, nach denen die ägyptische Polizei deutsche Wasserwerfer genutzt habe, um Demonstranten anzugreifen. Das Regime von Mubarak und bezahlte Schlägertrupps gehen gegen die Demonstranten mit brutaler



Protest am 5. Februar vor den Botschaften Ägyptens und der USA. Hier erklärte Wolfgang Gehrke die Solidarität der LINKEN.

Fotos: DIE LINKE

Gewalt und Repression vor, tausende Menschen werden verletzt, Menschen ermordet. Internet und Mobilfunk werden zensiert oder abgeschaltet, die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten zum Teil massiv bedroht.

Bis heute hält sich die Bundesregierung mit Kritik am Regime Mubarak zurück und stärkt ihm damit den Rücken. Damit muss Schluss sein. DIE LINKE unterstützt die For-

derung der ägyptischen Demonstranten nach Rücktritt von Hosni Mubarak und fordert die Bundesregierung auf, sich ebenfalls für den Rücktritt von Mubarak einzusetzen. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat eine Sondersitzung des Auswärtigen Ausschusses des deutschen Bundestages zu Ägypten durchgesetzt, um u.a. das von der Regierung einzufordern.



**Der Bezirksverband DIE LINKE.Neukölln ruft seine Mitglieder und die Bürger Neuköllns auf, beim Volksentscheid zum Wasservolksbegehren am 13.2.2011 mit „JA“ zu stimmen und mitzuhelfen, dem Volksentscheid zum Erfolg zu verhelfen.**

*(Beschluss ohne Gegenstimme auf der Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes DIE LINKE.Neukölln am 14. Januar 2011)*

Dank der breiten Unterstützung der Berliner Bevölkerung konnte die 2. Stufe des Wasservolksbegehrens mit über 280.000 gültigen Unterschriften erfolgreich zum Abschluss gebracht werden. DIE LINKE.Neukölln hatte sich aktiv an der Unterschriftensammlung betei-

## „JA“ beim Volksentscheid zum Wasservolksbegehren

ligt. Aufgrund dieses großen politischen Drucks wurden Verträge zur Teilprivatisierung im Internet veröffentlicht. Da sich Senat und Abgeordnetenhaus geweigert haben, den Gesetzestext des Volksbegehrens zu übernehmen, kommt es am 13. Februar 2011 zum Volksentscheid.

Der Berliner Senat behauptet, der Gesetzentwurf des Volksbegehrens sei verfassungswidrig, weil dort nicht veröffentlichte Absprachen und Vertragsteile für unwirksam erklärt werden. Diese Vorgehensweise des Senats ist nicht neu: Schon 2008 hatte er versucht, das Volksbegehren als verfassungswidrig zu verbieten – ein Jahr später hob das Landesverfassungsgericht den Senatsbeschluss auf.

Der Berliner Senat versucht weiszumachen, mit seiner Internet-Veröffentlichung von Anfang November 2010 lägen alle Papiere zur Wasserprivatisierung auf dem Tisch. Aber bis heute hat sich kein Senatsmitglied dafür verbürgt und ein vor Gericht verwertbares Dokument gibt es nicht. Außerdem fehlen wichtige Absprachen, die für die rechtliche Prüfung und Beurteilung des Ver-

tragswerks bedeutsam sind, in der Veröffentlichung.

Es fehlen z.B. die Vereinbarungen für die Berechnung der tatsächlichen Rendite, die den Konzernen RWE und Veolia jährlich gezahlt wird, nämlich die genaue Berechnung des tatsächlichen betriebsnotwendigen Kapitals und des darauf erhobenen Zinssatzes. Beide Faktoren sind wesentlich für die hohen Wasserpreise in Berlin.

Es fehlen z.B. die Vereinbarungen, wie genau die ungleiche Gewinnverteilung zu berechnen ist. Denn anstatt des ihm zustehenden Anteils von 50,1 Prozent erhielt das Land Berlin bisher nur 35 Prozent des Gewinns.

Das Volksbegehren verlangt, die nicht veröffentlichten Verträge, Beschlüsse und Nebenabreden unwirksam werden zu lassen. Dies ist die angedrohte Sanktion, wenn

Dinge verheimlicht werden. Wenn wirklich alles auf dem Tisch läge, könnte der Senat dem Gesetz zustimmen, da Sanktionen dann nicht greifen würden.

Wasser ebenso wie Strom, Gas und Nahverkehr müssen öffentliche Dienstleistungen sein, die für alle Bürgerinnen und Bürger erschwinglich sind. Profitmaximierung hat in der Daseinsvorsorge nichts zu suchen.

Daher tritt DIE LINKE.Neukölln für die Rekommunalisierung der Wasserbetriebe ein. Ein klarer Sieg des Volksentscheides am 13. Februar erhöht den politischen Druck auf die privaten Anteilseigner und den Senat und verbessert mit der vollständigen Offenlegung die Möglichkeiten, juristisch gegen Teilprivatisierungsverträge vorzugehen und den Preis für eine eventuelle Rekommunalisierung in Grenzen zu halten.

**Weitere Informationen zum Volksbegehren des Berliner Wassertisches im Internet unter:**

**[www.berliner-wassertisch.net](http://www.berliner-wassertisch.net)**

**Die Abgeordnetenhausfraktion DIE LINKE hat eine Internetseite eingerichtet: [www.berlinerwasserpreise.de](http://www.berlinerwasserpreise.de)**

# Die Toten Hosen rufen auf:

**„Beteiligt euch an den Anti-Nazi-Blockaden in Dresden“**

Wie schon 2010 rufen die Toten Hosen erneut dazu auf, sich an den Massenblockaden am 19. Februar in Dresden zu beteiligen. Kurz bevor es los geht, hat die Redaktion „Dresden nazifrei“ schnell noch Gitarrist Breiti ein paar Fragen gestellt.

**Hallo Breiti, als wir Dich vor einem Jahr gefragt haben, ob du glaubst, dass es zu schaffen ist den jährlichen Aufmarsch in Dresden zu verhindern, hast Du noch vorsichtig geantwortet: „Wirklich stoppen vielleicht nicht, aber auf jeden Fall wesentlich behindern“. Das und noch viel mehr haben wir mit 12.000 Menschen hinbekommen. Die 6.000 Nazis konnten nicht einen Meter ihrer Route marschieren. Meinst Du, die geben irgendwann auf, wenn die Massenblockaden dieses Jahr wieder so gut funktionieren?**

**Breiti:** Sollten die Proteste wieder so wirksam sein, werden die Nazis irgendwann die Lust verlieren. Man sollte allerdings nicht davon ausgehen, dass sie so einfach aufgeben. Womöglich stellt sich das Problem im nächsten Jahr wieder.

**Im vergangenen Jahr hat die Justiz ganz schön Druck gegen die Proteste gemacht. Es gab Razzien wegen des Blockadeaufrufs und gegen ein paar Politiker wurden sogar Verfahren wegen der Teilnahme an den Sitzblockaden eingeleitet. Hältst Du weiterhin daran fest, dass Sitzblockaden das richtige Mittel**



**sind, um den Naziaufmarsch zu verhindern?**

**Breiti:** Daran hat sich nichts geändert. Sitzblockaden sind meiner Meinung nach ein wirkungsvolles Mittel, um den Naziaufmarsch zu behindern und im besten Fall zu verhindern. Jeder muss für sich selbst entscheiden, ob er den Mut hat, mitzumachen und notfalls auch eine Anzeige zu riskieren. Wenn man abwägt, um welches Ziel es geht, halte ich Sitzblockaden in jedem Fall für legitim.

**Warum ist es Deiner Meinung nach gerade bei Naziaufmärschen so wichtig, direkt auf der Straße Flagge zu zeigen? Manche Politiker behaupten ja regelmäßig, es wäre eine bessere Idee die Aufmärsche zu ignorieren oder weit ab davon ein kleines Demokratiefest zu veranstalten.**

**Breiti:** Viele Politiker haben leider die schädliche Einstellung, dass man sich mit Nazis nicht auseinandersetzen sollte. Ich finde, dass Gegenteil ist der Fall. Es ist wichtig, direkt vor Ort dagegen zu halten. Dadurch werden die Nazis an der Verbreitung ihrer Ideen gehindert, ihr Aufmarsch lässt sich nicht als Erfolg verkaufen, um neue Anhänger zu gewinnen, und in den Medien wird der Protest zum Thema.

**Ihr engagiert Euch als Band schon seit vielen Jahren gegen Neonazis und Rassismus. Was treibt Euch da bis heute an?**

**Bei mehreren Aktionstagen wurde über die Anti-Nazi-Proteste in Dresden informiert. Gegen Nazis engagiert: Die Band „Tote Hosen“ (rechtes Bild).**



Fotos: Dresden-nazifrei.com und Dieter Eikelphot

**Breiti:** Nazis haben die Grundeinstellung, dass sie zu einer Gruppe gehören, die alle Anderen nach Belieben diskriminieren, verprügeln, versklaven oder töten darf. „Die Anderen“ können Juden, Moslems, Christen, Antirassisten, Demokraten, Obdachlose, Punks, Schwarze, Weiße, Asiaten oder sonst jemand sein. Je nachdem, wen sich die Nazis gerade als Ziel ihrer Aggression aussuchen.

Diese Haltung war für uns nie akzeptabel und wir fanden immer, dass man dagegen etwas unternehmen muss. Natürlich auch vor dem

Hintergrund, dass viele Deutsche während der Nazi-Herrschaft den sadistischen Massenmord an Millionen von Menschen organisiert haben. Allein schon, um die Würde der Opfer zu wahren, muss man gegen die Nazis etwas tun.

Außerdem finde ich, dass Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz usw. alles andere als selbstverständlich sind, wie der Blick auf andere Länder oder unsere Geschichte zeigt. Dafür muss man dauernd etwas tun.

## Nach Dresden: Wann? Wo?

**Am Sonnabend, 19. Februar 2011, fährt die Neuköllner LINKE mit dem Bündnis „Dresden nazifrei“ gemeinsam mit Bussen nach Dresden. Start ist um 5 Uhr morgens an der O2-Arena am Ostbahnhof. Rückfahrt abends. Die Tickets kosten zehn Euro. Wer mit nach Dresden fahren und hierfür ein Ticket erwerben möchte, meldet sich bitte bei Irmgard Wurdack (irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de; 0178 8512871).**

# Ein „Linkes Programm für Neukölln“

**Am Sonnabend, dem 19. März, entscheidet DIE LINKE.Neukölln in einer Versammlung aller Mitglieder über ihr Programm für Neukölln.**

Für diese Versammlung, bei der alle Mitglieder gleichberechtigt mitreden und mitentscheiden, hat der Bezirksvorstand einen zweiten Programmentwurf präsentiert. Dieser Textvorschlag steht unter [www.die-linke-neukoelln.de](http://www.die-linke-neukoelln.de)

im Internet und liegt im Ladenlokal am Richardplatz 16 aus. In ihm sind die mehr als 100 Anmerkungen, Ergänzungen, Korrekturen zahlreicher Basisorganisationen, Arbeitskreise, Einzelpersonen, Vereine und Initiativen der vergangenen Monate eingegangen.

„DIE LINKE will eine Welt errichten, in der alle Menschen frei, gleichberechtigt und selbstbestimmt leben können. Sie kämpft für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen in Frieden,

Würde und sozialer Sicherheit leben und ihre Verhältnisse demokratisch gestalten können“, heißt es in diesem Programmentwurf. Und: „DIE LINKE kann ihre Ziele nicht allein in Parlamenten realisieren (...). Nur durch das politische Engagement von immer mehr Neuköllnerinnen und Neuköllnern (...) kann DIE LINKE ihre Ziele erreichen.“ Anders formuliert: Eine andere Welt ist nur dann möglich, wenn wir uns gemeinsam dafür stark machen.

DIE LINKE. Neukölln lädt deshalb alle Mitglieder sowie Sympathisanten

und Sympathisanten ein, die Diskussion über das „Linke Programm für Neukölln“ mit ihren Erfahrungen und ihrem Sachverstand zu bereichern.

Vorschläge zur Verbesserung können noch bis zum Freitag, dem 11. März 2011, per Mail ([ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de](mailto:ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de)) oder postalisch (DIE LINKE.Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin) gesendet werden.

Ruben Lehnert

## Neuköllner nach Hamburg Superwahljahr 2011 startet an der Elbe

**Am 20. Februar 2010 wählt die Bevölkerung von Hamburg eine neue Bürgerschaft.**

Diese Wahl bildet den Auftakt zum Superwahljahr 2011, in dem nach zahlreichen Landtags- und Kommunalwahlen im September auch in Berlin gewählt wird. Der Wahlausgang in Hamburg, wo DIE LINKE zuletzt 6,4 Prozent er-

zielte, ist mitentscheidend für den Verlauf des Jahres. In Hamburg wollen wir deshalb erneut und gestärkt in die Bürgerschaft einziehen. Am Sonnabend, dem 12. Februar, werden LINKE aus Neukölln nach Hamburg fahren und in den Stadtteilen den Wahlkampf zu unterstützen.

*Wer mit nach Hamburg fahren möchte, melde sich bitte bei Werner Halbauer ([whalbauer@web.de](mailto:whalbauer@web.de); 030/6160189).*



Foto: Susann Witt-Stahl

Bedeutung über die Hansestadt hinaus: Wahlkampfauftakt in Hamburg mit Oskar Lafontaine.

## Termine: DIE LINKE Neukölln

### Bezirksmitgliederversammlung DIE LINKE.Neukölln

**Sonnabend, 19. März, 11 bis 17 Uhr.**

Der Ort der Versammlung wird noch mitgeteilt. Folgende Tagesordnung schlägt der Bezirksvorstand vor:

1. Begrüßung und Konstituierung,
2. Diskussion und Beschlussfassung über „Linkes Programm für Neukölln“,
3. Ankündigungen.

Der zweite Entwurf ist der Antrag des Bezirksvorstandes an die Mitgliederversammlung. Konkrete Änderungsanträge bitte mit Hinweis auf die Seiten- und Zeilennummerierung des Antrags bis zum 11. März 2011 schriftlich und mit Begründung einreichen per Mail an: Ruben Lehnert ([ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de](mailto:ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de)) oder postalisch an: DIE LINKE. Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin.

Alle Mitglieder des Bezirksverbandes sind rede- und stimmberechtigt. Bei Bedarf kümmert sich der Bezirksvorstand für den Zeitraum der Versammlung um eine Kinderbetreuung. Bitte zeige diesen Bedarf frühzeitig an. Der Bezirksvorstand wird zudem für Getränke sowie einige Speisen sorgen. Bitte bringe Dir trotzdem sicherheitshalber Verpflegung für den ganzen Tag mit.

### Ankündigung Versammlung der Mitglieder der Partei DIE LINKE im Wahlverband Neukölln

**Sonnabend, 2. April, 10 bis 17 Uhr.**

Der Ort der Versammlung wird noch mitgeteilt. Folgende Tagesordnung schlägt der Bezirksvorstand vor:

1. Begrüßung und Konstituierung,
2. Wahlen der Neuköllner Wahlkreiswerberinnen und -bewerber für das Abgeordnetenhaus,
3. Wahlen der Wahlbewerberinnen und -bewerber für die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung,
4. Ankündigungen.

*Besonderheiten bei dieser Versammlung sind: Alle Mitglieder des Bezirksverbandes sind redeberechtigt. Stimmberechtigt bei der Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten sind jedoch nur Mitglieder der Partei DIE LINKE, die in Neukölln gemeldet und wahlberechtigt sind.*

### Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.

**Donnerstag, 17.2., 19 Uhr**

**Donnerstag, 3.3., 19 Uhr**

DIE LINKE, Richardplatz 16

### BO Hermannstraße

**Mittwoch, 16.2., 19 Uhr**

**Mittwoch, 2.3., 19 Uhr**

Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29

### BO Reuterkietz

**Montag, 14.2., 19 Uhr**

Treffen der Basisorganisation, Allmende, Kottbusser Damm 25/26

### BO Rixdorf

**Donnerstag, 10.2., 17 Uhr**

Info-Aktion in der Karl-Marx-Straße (vor Aldi, ehem. Hertie)

**Donnerstag, 10.2., 19 Uhr**

Versammlung der Basisorganisation.

Thema: Der politische Umbruch im arabischen Raum.

**Donnerstag, 24.2., 19 Uhr**

Versammlung der Basisorganisation.

Thema: Diskussion des 2. Entwurfs für das „Linke Programm für Neukölln“.

DIE LINKE, Richardplatz 16

### BO Süd

**Dienstag, 15.2., 18 Uhr**

Treffen der BO Süd um 18 Uhr im Clubraum II des Gemeinschaftshauses Gropiusstadt am Bat-Yam-Platz (U7 Lipschitzallee)

Thema: 1920-1933 Wie kam Adolf Hitler und die NSDAP an die Macht? Wie können wir den Aufstieg der Nazis verhindern?

### Dienstag, 22.2., 18 Uhr,

Treffen der BO Süd um 18 Uhr im Clubraum II des Gemeinschaftshauses Gropiusstadt am Bat-Yam-Platz (U7 Lipschitzallee)

Thema: „Politische Bildung anhand von Begrifflichkeiten wie Neoliberalismus, Kapitalismus, Sozialismus und Kommunismus“.

### AG Bildung

**Montag, 7.2., 16.30 Uhr**

DIE LINKE, Richardplatz 16

### AG Hartz IV

**Mittwoch, 9.2., 17.30 Uhr**

DIE LINKE, Richardplatz 16

### AG Kultur und Politische Bildung

**Montag, 7.2., 19 Uhr**

**Montag, 1.3., 19 Uhr**

DIE LINKE, Richardplatz 16

### Kostenlose Hartz-IV-Beratung

**Mittwoch, 9.2., 14 bis 16 Uhr**

**Mittwoch, 23.2., 14 bis 16 Uhr**

DIE LINKE, Richardplatz 16

### Erwerbsloseninitiative Neukölln

**Dienstag, 15.2., 11 bis 14 Uhr**

**Dienstag, 1.3., 11 bis 14 Uhr**

Erwerbslosenfrühstück

DIE LINKE, Richardplatz 16

Weitere Termine im Internet:

[www.die-linke-neukoelln.de](http://www.die-linke-neukoelln.de)

# Alle Jahre wieder ein Lebensmittelkandal

**Unmittelbar vor der „Grünen Woche“ wurde im Januar von Dioxin in Eiern berichtet. Breite Teile der Bevölkerung sind sehr verunsichert. Protest formierte sich auf einer Öko-Demo.**

Das Dioxin soll zusätzlich über die Futtermittel auch ins Fleisch gelangt sein und diese Lebensmittel kontaminiert haben. Die Grenzwerte für Dioxin sollen bis zum 84fach überschritten sein. Jetzt will die Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU) mit einem 10-Punkte-Plan tätig werden. Diese Maßnahmen werden sicher die Profitinteressen der Agrarindustrie nicht schmälern. Zum Beispiel möchte die Ministerin keine Schwerpunktstaatsanwaltschaften einrichten, die auf die Ermittlung von Lebensmittelbetrug spezialisiert sind. Das Gleiche haben wir schon 2005 beim letzten Lebensmittelkandal zum Gammelfleisch von damaligen Bundesverbraucherschutzminister Seehofer (CSU) und heutigen bayrischen Ministerpräsidenten gehört. Passiert ist seit dem letzten mal nicht viel. Die Selbstkontrolle durch die Lebensmittelproduzenten funktionierte auch damals schon nicht.

Schon Karl Marx hatte geschrieben, dass für höheren Profit das Kapital kein Risiko scheut. Das bedeutet heutzutage, dass Futtermittelhersteller bereit sind, auf Kosten der Gesundheit der Menschen giftige Stoffe dem Futtermittel beizumengen und dafür einen Extraprofit einzustreichen. Dabei ist das Risiko erwisch zu werden gering. Wenn man erwischt wird, zahlt man das Bußgeld aus der Portokasse. Die Höchststrafe beträgt 50.000 Euro und steht in keinem Verhältnis zu den großen Gewinnen, wenn man giftige Industriefette dem Futtermittel beimischt.

Besonders betroffen sind immer Menschen mit kleinem Geldbeutel. Sie können sich nicht die hochwertigen Lebensmittel leisten und sind gezwungen, ihre Eier und das Fleisch beim Billiganbieter zu kaufen. Wer Harz IV bezieht, würde sicher auch lieber bessere und gesündere Waren vom Bio-Bauern kaufen, aber die sind bei dem der-

*Bei der Protestdemonstration der Ökologiebewegung dabei: Die Bundstagsfraktion der LINKEN mit einem Info-Mobil und Mitglieder der Neuköllner LINKEN.*

zeitigen Regelsatz unbezahlbar. Auch in Neukölln sind viele Menschen gezwungen, genau auf den Preis zu achten, um das billigste Produkt zu kaufen.

Grade für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen ist eine funktionierende Lebensmittelüberwachung ganz wichtig. Die Lebensmittelaufsicht in Ländern und Kommunen ist im vergangenen Jahrzehnt im Rahmen des neoliberalen

Gesellschaftsumbaus total zurückgefahren worden und kommt heute ihren Aufgaben nicht mehr nach. Hier ist ein Umdenken dringend notwendig, um in Zukunft weitere Lebensmittelkandale zu vermeiden. Zum Schutz vor privatwirtschaftlichen Profitinteressen ist besonders bei Lebensmittel eine lückenlose staatliche Kontrolle notwendig.

*Thomas Licher*



Fotos: Franziska Lorenz-Hoffmann

## DIE LINKE. mach mit!

**Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht:  
Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.**

**Nimm Kontakt zu uns auf:**

*Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0176 296 492 75,  
ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de*

*Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0178 851 28 71  
irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de*

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:

**DIE LINKE.Neukölln**, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

Neu-Köllnisch · 2/2011 - FEBRUAR

[www.die-linke-neukoelln.de](http://www.die-linke-neukoelln.de)

DIE LINKE Berlin-Neukölln

### Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name: .....

Anschrift: .....

E-Mail: ..... Telefon:.....

# Luxus Neukölln



In diesem Jahr schaffen die „48 Stunden Neukölln“ vom 17. bis 19. Juni mit dem Themenschwerpunkt „Luxus Neukölln“ einen Rahmen, mit künstlerischen Mitteln sowohl die lokalen als auch die Aspekte des gesellschaftlichen Wandels zu erforschen.

Worin bestehen die Herausforderungen unserer Zeit? Wie definieren unterschiedliche Menschen den Begriff „Lebensqualität“? Gibt es einen

Wandel hinsichtlich der Wertvorstellungen? Welche Rolle spielt die Kunst im Hinblick auf gesellschaftliche Prozesse? Ist Kunst Luxus?

Die „48 Stunden Neukölln“ sind ein breitenwirksames Kunstereignis, das jeweils an einem Juniwochenende zahlreiche Kulturschaffende, auswärtige Kunstinteressierte und Anwohnerinnen und Anwohner in einen intensiven Austausch bringt.

Anmeldung für Beiträge zu „48 Stunden Neukölln“ bis zum 28. Februar 2011:  
[www.48-stunden-neukoelln.de/2011/anmelden.html](http://www.48-stunden-neukoelln.de/2011/anmelden.html)



## „Sie sind opportunistisch

Ulrich Maurer (DIE LINKE) in der von CDU/CSU und FDP beantragten Aktuellen



**Die Kommunismus-Debatte im Bundestag hatte zwei Aufgaben und ein Ziel: Entschuldigungen und Abschwören verlangen sowie Zustimmung für die Rettung des Kapitalismus.**

Hans Modrow, Vorsitzender des Ältestenrates der Partei DIE LINKE kommentiert die Debatte in der Tageszeitung „junge Welt“: „Im Deutschen Bundestag hat für DIE LINKE ein Abgeordneter

gesprachen, der Sozialdemokrat ist, aber für seine Sichten und Überzeugungen in der heutigen SPD keinen Platz mehr gesehen hat. Mit Bibelfestigkeit hat er auf christlichen Gemeinschaftsbesitz verwiesen, der lange vor Marx und Engels in der Apostelgeschichte als Grundlage menschlicher Gemeinschaft beschrieben ist. Er stellte sich dem Ablenkungsmanöver anderer Redner in den Weg und verwies auf die ungeheuren Lasten, die aus der Finanz- und Wirtschaftskrise erwachsen, auf die weltweit wachsende Armut, die vor allem die Kinder, bis hin zur hohen Sterblichkeitsrate, trifft.“

„Neu-Köllnisch“ dokumentiert die Rede Ulrich Maurers vom 21. Januar 2011 nach dem Protokoll des Bundestages.

Meine Damen und Herren! Die Tatsache, dass man etwas salbungsvoll vorträgt, rechtfertigt es nicht, eine Summation falscher Anschuldigungen und Unverschämtheiten an die Partei DIE LINKE zu richten.

(Beifall bei der LINKEN – Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Lächerlich!)

Jeder, der auch nur eines der Dokumente unserer Partei oder der PDS, die es nicht mehr gibt und die in der Partei DIE LINKE aufgegangen ist,

(Zuruf von der CDU/CSU: Das sind Sie doch!)

gelesen hat, der kann sich nur wünschen, das sage ich Ihnen nach der Debatte von vorgestern, dass sich die Union von ihrer Zusammenarbeit, ihrem Kollaborieren mit den Nazis in der Adenauer-Ära auf die gleiche Weise distanziert, wie wir das mit der DDR getan haben.

(Beifall bei der LINKEN – Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sagen Sie das dem Büroleiter von Frau Lötzsch! Wo ist Frau Lötzsch?)

So geht es nicht, meine Damen und Herren.

Uns Übergriffe von Extremisten auf andere Menschen auf der Straße in die Schuhe zu schieben, obwohl wir die einzige Partei im Bundestag sind, die einzige leider, die Gewalt als Politik und Krieg als Mittel der Politik ablehnt, wir haben gerade eine Afghanistan-Debatte geführt, ist eine besondere Unverschämtheit.

(Beifall bei der LINKEN – Hermann

Gröhe (CDU/CSU): Das ist peinlich!)

Ich merke, dass Sie offensichtlich wenig über Kommunismus gelesen haben.

(Matthias W. Birkwald (DIE LINKE): Ja, allerdings! – Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie halten ihn nämlich für eine Erfindung von Marx und Engels. Deswegen will ich Ihnen aus der Apostelgeschichte vorlesen, hören Sie gut zu: „Die Menge der Gläubigen aber war ein Herz und eine Seele; auch nicht einer sagte von seinen Gütern, dass sie sein wären, sondern es war ihnen alles gemeinsam. Jeder, der einen Acker hatte, verkaufte diesen und brachte den Erlös in die Gemeinschaft ein.“ Das ist Kommunismus pur, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU.

(Beifall bei der LINKEN – Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Deswegen die Christenverfolgung! – Hermann Gröhe (CDU/CSU): Deswegen haben die Kommunisten die Christen verfolgt!)

Im Übrigen hat dann einer namens Ananias einen Teil des Erlöses beiseitegeschafft.

(Hermann Gröhe (CDU/CSU): Unglaublich!)

# Weltgeschichte im K(l)assenformat

**Das Neukölln Museum bietet in einer Sonderausstellung eine besondere Fortsetzung des beliebten Neukölln-Comics an.**

Schüler der Albert-Einstein-Oberschule, des Hannah-Arendt-Gymnasiums, Karl-Weise-Grundschule erstellten unter Anleitung von Filmemacherin und Autorin des Neukölln-Comics „Weltreiche erblühten und fielen“ Anna Faroqi sowie von Haim Peretz Comics zu ihrer eigenen Geschichte. Die Comics erzählen von Orten in Deutschland, Italien, Serbien, Libanon, Türkei, Senegal, Indien oder Thailand, und führen nach Berlin-Neukölln. Die Geschichten der Schüler schildern große und kleine Freuden, ferne Reisen und Seh-

süchte, auch große Dramen. Sie werden mutig, farbenfroh und sehr eigen aufs Papier gebracht.

Die Vernissage findet am 25. Februar um 19 Uhr statt. Die Ausstellung ist geöffnet vom 26. Februar bis zum 10. April jeweils dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr.

Im Rahmen der Ausstellung bietet Anna Faroqi eine praktische Einführung ins Comic-Zeichnen an. Jeweils samstags von 11 bis 13 Uhr am 26. Februar und 5. März finden kostenfreie Führungen durch die Ausstellung mit praktischen Übungen im Comic-Zeichnen statt. (Bitte anmelden unter 627 277 727)

Das Museum Neukölln befindet sich auf dem Gutshof Britz in unmittelbarer Nachbarschaft zum Schloss Britz. Busse: M44 und M46, U7 (bis Parchimer Allee).



Zeichnung: Jasmin Valy, 9. Klasse

## „und scheinheilig“

### Die „K“-Frage

Stunde im Bundestag zum Thema Kommunismus

- Nein, das sind kommunistische Ideen, von denen Sie sich distanzieren - na klar.

*(Beifall bei der LINKEN - Hermann Gröhe (CDU/CSU): Im Kommunismus sind die Christen am schlimmsten von Ihresgleichen verfolgt worden!)*

Sie müssen das einmal zur Kenntnis nehmen.

Sie würden uns gerne in diese Ecke stellen. Sie machen schließlich Wahlkampf - na klar.

*(Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP)*

Sie können schäumen, soviel Sie wollen. Ich sage Ihnen: Meine Partei steht für die Wiedergewinnung von Sozialstaat und Gerechtigkeit. Sie steht für die Wiedergewinnung von Demokratie und die Ablehnung von Krieg als Mittel der Politik.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Alle großen Utopien in der Menschheitsgeschichte sind für die Rechtfertigung von Verbrechen missbraucht worden. Die urchristliche Utopie von Gemeinsamkeit und der Abschaffung von Privateigentum, das habe ich Ihnen gerade vortragen, ist für die Verbrechen Stalins und Pol Pots missbraucht worden. Sie ist an

der Berliner Mauer und mit dem Begriff der Diktatur des Proletariats missbraucht worden. Aber die christliche Idee ist dafür missbraucht worden, dass in Jerusalem im Blut der Muslime gewatet wurde. Sie ist für die Hexenprozesse und die Folter der Inquisition missbraucht worden.

*(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Immer wieder „missbraucht worden“! Der Missbrauch scheint dem Kommunismus immanent! - Burkhard Lischka (SPD): Jetzt wird es peinlich!)*

Die Idee des Kapitalismus hat Millionen von Toten unter der Zivilbevölkerung in Vietnam zu verantworten.

*(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN - Karin Strenz (CDU/CSU): Das ist ja unglaublich!)*

Zum Schluss sage ich Ihnen eines, zu diesem Bekenntnis können Sie mich bekommen: Wir sind die einzige Partei, die sich gegen den Finanzmarktkapitalismus erhebt. Dazu stehen wir, und wir sind stolz darauf.

*(Beifall bei der LINKEN Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit oder ohne Kommunismus? - Hermann Gröhe (CDU/CSU): Eindrucksvolle Selbstkritik!*

*Zuruf von der FDP: Wenn Heucheln quietschen würde!)*

Sie sind prokapitalistische Parteien, die mit der Kommunismusdebatte nur von den eigentlichen Problemen unserer Gesellschaft ablenken wollen. In diesen Tagen werden durch die Spekulanten an den Warenterminbörsen die Getreidepreise und andere Lebensmittelpreise nach oben getrieben.

*(Burkhard Lischka (SPD): Jetzt sind wir wieder ganz am Thema vorbei!)*

Daran werden in diesem Jahr Millionen von Kindern sterben. Das ist eine elegante Art zu töten, aber sie ist auch durch und durch verwerflich.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Wenn schon Wahrheit, dann die ganze Wahrheit.

*(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Der Dioxinverantwortliche ist Stasi-Mann gewesen! Unglaublich! Herr Maurer, Sie können uns nicht einmal anschauen! Das gibt es doch überhaupt nicht!)*

Sie werden uns nicht in die Kommunismusecke kriegen. Zu der Logik der Geschichte gehört, dass im selben zarten Alter, in dem ich Oberminister war, ihre Parteivorsitzende FDJ-Funktionärin für Propa-

ganda und Agitation war. Auch das gehört zu dem, was Sie erst einmal aufarbeiten dürfen, statt bei uns die Dinge abzuladen.

*(Hermann Gröhe (CDU/CSU): Falsch, und das wissen Sie!)*

Dass Sie sich das Vermögen der Blockparteien unter den Nagel gerissen haben, müssen Sie aufarbeiten. Sie haben auch verschwiegen, dass Sie mit unseren Stimmen in der Uckermark ihren Mann zum Landrat gewählt haben. Sie sind opportunistisch und scheinheilig. Deswegen lassen wir uns das nicht bieten.

*(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der LINKEN: Bravo! - Zurufe von der FDP: Nicht zu fassen! - Das Allerletzte!)*

*Ulrich Maurer ist stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Er war von 1987 bis 1999 Vorsitzender der SPD Baden-Württemberg; von 1990 bis 2003 im SPD-Bundesvorstand; von 1995 bis 1999 und von September 2000 bis November 2001 Mitglied des SPD-Präsidiums; von 1992 bis 2001 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion.*

Februar 2011

Neu-Köllnisch erscheint 10 x im Jahr  
**Herausgeber:** DIE LINKE,  
 Landesverband Berlin  
 Auflage dieser Ausgabe: 3.000  
**V.i.S.d.P.:** Klaus-Dieter Heiser  
**Kontaktadresse:** DIE LINKE Neukölln  
 Richardplatz 16, 12055 Berlin,  
 Tel./Fax: 030-6135919

**Redaktionsschluss: 7.2.2011**  
**Beiträge für die nächste Ausgabe**  
**bitte bis zum 25.2.2011**  
 Namentlich gekennzeichnete Artikel  
 müssen nicht der Ansicht des Heraus-  
 gebers entsprechen.

## Auf ein Wort: Bürgerbeteiligung

**Die Neuköllner Bürgerbeteiligung bei der Investitionsplanung 2011 bis 2015 ist eine Farce.** Am 1. Februar hat das Bezirksamt ein Zahlenwerk auf 88 Seiten vorgelegt. Bis zum 14. Februar können Ideen und Anregungen sowie Änderungswünsche vorgebracht werden. Der Leitfaden zur Bürgerbeteiligung umfasst 28 Seiten und befindet sich noch in der Überarbeitung. Wie sollen Bürger in knapp zwei Wochen fundierte Vorschläge erarbeiten? So verhindert das Bezirksamt Neukölln Bürgerbeteiligung. *KDH*

# Hartz-IV-Reform gescheitert

## Jetzt Widerspruch und Klage gegen Bescheide einlegen

„Die Reform von Hartz IV ist praktisch gescheitert“, erklärte LINKE-Vorsitzender Klaus Ernst am 7. Februar zu den „Verhandlungsrunden“ von Union, FDP, SPD und Grünen.

Schwarz-Gelb will offenbar keine Lösung und SPD und Grüne können oder wollen sich nicht gegen die Regierung durchsetzen und Druck aufbauen. Sowohl das Angebot von Union und FDP, den Regelsatz um fünf Euro zu erhöhen, als auch das Gegenangebot von rot-grün (elf Euro) ist zu gering. Ernst rät allen Betroffenen, jetzt Widerspruch und Klage gegen ihre Hartz-IV-Bescheide einzulegen.

Aus Sicht der LINKEN kann kein Zugeständnis der Regierung an anderer Stelle eine Zustimmung rechtfertigen. Auch künftig wird es massenweise Dumpinglöhne geben, die einen ergänzenden Hartz IV-Bezug notwendig machen. Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn ist vom Tisch. Das Bildungspaket verschleiert, dass die Regelleistungen für

Kinder von Hartz-IV-Betroffenen beschämend niedrig sind und nicht einmal eine gesunde Ernährung ermöglichen. Auch die zu erwartenden Ergebnisse bei der Leiharbeit werden für einen großen Teil der Leiharbeiter keinen gleichen Lohn für gleiche Arbeit bringen. SPD und Grüne sind in der Hartz-IV-Logik von Entwürdigung und Repression gefangen. Den Ausweg wird wohl am Ende wieder das Bundesverfassungsgericht weisen müssen.



Foto: kellerarbeit/flickr

## DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

**DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.**

**Die Beratungen finden jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße) statt. Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de) gerne zur Verfügung.**

# Aufschwung der Profite und Leiharbeit

**Bei der Präsentation des Jahreswirtschaftsberichtes jubelte Wirtschaftsminister Brüderle über den „XL-Boom“. Viele Menschen fragen sich: „Und was habe ich davon?“**

Der Aufschwung ist vor allem ein Aufschwung der Profite. Die Unternehmer haben 2010 ein Plus von mehr als 13 Prozent eingesackt. Die Herren der Dax-Konzerne legen im gesamten Jahr sogar einen Anstieg um satte 210 Prozent hin.

Den Beschäftigten steht gerade einmal ein Plus von 2,2 Prozent ins Haus. Zieht man davon die Preissteigerung von 1,8 Prozent ab, bleiben mickerige 0,4 Prozent übrig. Dieses Plus gibt es nur, weil wegen des Rückgangs der Kurzarbeit mehr Stunden gearbeitet wurde. In Stundenlöhnen gerechnet gab es nur einen „Zuwachs“ von 0,1 Pro-

zent; nach Abzug der Preissteigerung errechnet sich eine Lohnsenkung um 1,7 Prozent!

Merkel und Brüderle posaunen herum: „Jetzt muss es mehr Geld für die Beschäftigten geben.“ Prima Idee! Nur bisher klumpert es nicht in unseren Taschen. Und im Vorfeld der Tarifrunden jammern die Unternehmer munter drauflos.

Man kann gespannt sein, ob die Regierung mit dafür sorgt, dass in der Tarifrunde der Länder die Einkommen deutlich ansteigen. Ver.di hat ein Plus von fünf Prozent gefordert. Dies müsste eigentlich auch der Abschluss sein. Damit auch Krankenschwestern, Straßenmeister, Feuerwehrleute, Lehrer und andere etwas vom Aufschwung spüren.

Wenn Merkel und Brüderle es ernst meinten mit ihrem Plädoyer für höhere Löhne, dann müssten sie vor allem den gesetzlichen Mindestlohn mit 10 Euro einführen.

Die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen. Gut so. Brüderle stilisiert

das jedoch bereits hoch zum Weg in die Vollbeschäftigung. Quatsch. Denn erstens sind drei Millionen Arbeitslose immer noch viel zu viel. Hinzu kommt, dass mehr als eine Million Erwerbsloser gar nicht mitgezählt wird. Von der sogenannten „stillen Reserve“ ganz zu schweigen.

OK ist auch, dass mittlerweile nur noch wenige Kurzarbeiter müssen. Aber was sind das eigentlich für neue Jobs, die geschaffen wurden? Rund 200.000 sollen es nach amtlicher Statistik sein. Mehr als die Hälfte des gesamten Aufbaus an Beschäftigung geht in die Leiharbeit. In der Krise 2009 wurden sie als erste nach Hause geschickt. Und jetzt „dürfen“ sie wieder kommen. Im Oktober waren es bereits mehr als 900.000. Das war bereits Rekord. Mittlerweile ist die eine Millionen-Marke längst geknackt. Die „Boom-Branche“.

Unternehmer setzen auf Leiharbeit, weil so die Lohnkosten ge-

drückt werden können. Vollzeitbeschäftigte in Leihjobs erhalten im Durchschnitt knapp 1.400 Euro. Da sind alle Zuschläge und Jahresleistungen mit drin. Festangestellte Beschäftigte verdienen mindestens 2.300 Euro. Damit bekommen Leihjobber satte 900 Euro weniger. Und der Chef kann sie bei Bedarf problemlos vor die Tür setzen. Kein Kündigungsschutz und kein Betriebsrat „stört“.

Es ist hohe Zeit den Widerstand zu erhöhen. DIE LINKE unterstützt den Aktionstag der Gewerkschaften am 24. Februar. Wir treten dafür ein, dass bei der Leiharbeit equal pay festgeschrieben wird und die Verleihdauer drei Monate nicht überschreiten darf. Außerdem wollen wir eine Flexibilitätsprämie von 10 Prozent.

*Michael Schlecht  
 Er ist Chefvolkswirt der  
 Bundestagsfraktion DIE LINKE.*